

Prämienaufkommens auf 280 Mrd. Yuan, einer jährlichen Wachstumsrate von rd. 20%. Der Anteil am BIP würde dann auf 2,3% zunehmen und das Pro-Kopf-Prämieinkommen auf 230 Yuan steigen. (CEN, 12.3.01) -schü-

## 25 Welche Handelsstatistik lügt?

Die offizielle russische Statistik über den bilateralen Handel mit China weist für das zurückliegende Jahr 2000 ein Volumen von 8 Mrd. US\$ aus. Der Wahrheitsgehalt dieser Zahl wird nun allerdings in Russland selbst angezweifelt. Das Russian-Chinese Center on Trade and Economic Cooperation kam in einer Untersuchung jüngst zu dem Ergebnis, dass im vergangenen Jahr Güter im Wert von insgesamt ca. 20 Mrd. US\$ die Landesgrenzen zwischen Russland und China in beiden Richtungen passiert hätten.

Der Analyse des Zentrums gemäß wären demnach 12 Mrd. US\$ allein auf dem Wege des informellen Handels durch Touristen umgesetzt worden. Große Zahlen chinesischer Touristen überquerten täglich die Grenze nach Russland, um kleinere Mengen mitgeführter Konsumgüter in eigener Regie und ohne Verzollung oder Besteuerung auf russischen Märkten abzusetzen. Nach russischen Erkenntnissen würde der Großteil der so erwirtschafteten Handelseinkünfte in US-Dollars umgetauscht, nach China ausgeführt oder anderweitig zum Ankauf von Holz, Metallen oder chemischen Düngern verwendet, die dann nach China ausgeführt würden.

Eine andere Qualität weisen die Diskrepanzen in der Statistik des bilateralen Handels zwischen China und Japan auf. Während die japanische Statistik hier für das Jahr 2000 den Import von insgesamt 37.000 t Lauch aus chinesischem Anbau dokumentiert und die japanische Agrarlobby daraus die Forderung nach Einfuhrbeschränkungen gegen China ableitet, weist die chinesische Exportstatistik lediglich Lauchexporte nach Japan im Umfang von 4.400 t aus. Nun ist kaum davon auszugehen, dass chinesische Japantouristen ihren Aufenthalt zum Verkauf von Lauch nutzen. Dennoch werden diese möglicherweise auf beiden Seiten politischen Zahlen Grund-

lage von Gesprächen zwischen Japan und China sein, von denen auf chinesischer Seite Selbstbeschränkungen hinsichtlich der Agrarexporte nach Japan erwartet werden, um japanischen Importsanktionen zu entgehen (vgl. C.a., 2001/1, Ü 27). China lehnte allerdings Ende März ein derartiges Entgegenkommen in Form von selbst auferlegten Exportbeschränkungen mit Hinweis auf eine dadurch gegebene Verletzung von WTO-Regeln ab. Nach Auskunft des japanischen Agrarministers Yoshio Yatsu bereite man sich daher auf die Umsetzung temporärer Importbeschränkungen für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte aus China im Rahmen der WTO-Bestimmungen vor.

Exporte von chinesischen Agrarprodukten nach Japan wuchsen zwar im vergangenen Jahr erheblich an, machten 2000 jedoch insgesamt nur 2,3% des chinesischen Handelsüberschusses mit Japan aus. (*Rossiyskay Gazette*, 3.3.01, nach FBIS, 3.3.01; Kyodo News Service, 29.3.01, nach BBC PF, 29.3.01; Kyodo News Service, 30.3.01, nach BBC PF, 30.3.01) -kg-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 26 „Ohne aktive Fiskalpolitik wäre Wirtschaftswachstum um 1,7% niedriger ausgefallen“: Bericht des Finanzministers zum Staatshaushalt 2000

Während der Tagung des NVK im März d.J. stellte Finanzminister Xiang Huaicheng den Bericht zur Implementation des Haushalts 2000 vor. Xiang wies darauf hin, dass die ursprüngliche Haushaltsplanung im Verlauf des letzten Jahres verändert wurde, um die wirtschaftliche Erholung zu stärken. Hierfür wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Mrd. Yuan für Bauprojekte zur Verfügung gestellt, die das Defizit im Haushalt der Zentralregierung erhöhten. Von den Ministerien wurden in Zusammenarbeit mit dem Staatsrat Projekte ausgewählt, die mit Hilfe der Emission von Staatsanleihen finanziert wurden. Ohne die aktive Fiskalpolitik, so der Fi-

nanzminister, wäre das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr um 1,7 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Im Jahr hatte das *deficit spending* sogar zu einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 2% beigetragen.

Die in den Haushalt der Zentralregierung und in lokale Haushalte unterteilten Staatsfinanzen entwickelten sich wie folgt:

- Die gesamten Einnahmen im zentralen Haushalt beliefen sich auf 758,433 Mrd. Yuan. Davon entfielen 698,514 Mrd. Yuan auf Einnahmen, die die Zentralregierung erhoben hat, sowie Einnahmen in Höhe 58,819 Mrd. Yuan, die von den Lokalregierungen bereitgestellt wurden.
- Die gesamten Ausgaben im zentralen Haushalt betragen 1.018,254 Mrd. Yuan. Davon waren 551,434 Mrd. Yuan Ausgaben der Zentralregierung und 466,82 Mrd. Yuan Ausgaben in Form von Subventionen an die Lokalregierungen.
- Das Defizit im zentralen Haushalt lag bei 259,821 Mrd. Yuan.
- Die Verschuldung im zentralen Haushalt beläuft sich auf 418,01 Mrd. Yuan, ein Anteil von 157,358 Mrd. Yuan entfällt auf die Bedienung der in- und ausländischen Schulden, weitere 259,821 Mrd. Yuan wurden zur Deckung des Defizits für das Jahr 2000 bereitgestellt.

Die lokalen Haushalte wiesen folgende Entwicklung auf:

- Die gesamten Einnahmen in den lokalen Haushalten betragen 1.106,217 Mrd. Yuan, davon entfällt ein Anteil von 639,397 Mrd. Yuan auf Einnahmen, die von den Lokalregierungen erhoben wurden und von 466,82 Mrd. Yuan Subventionen von der Zentralregierung.
- Die gesamten Ausgaben in den lokalen Haushalten machten 1.096,329 Mrd. Yuan aus. Die lokalen Haushalte waren hieran mit 1.036,51 Mrd. Yuan beteiligt und mussten weitere 59,819

Mrd. Yuan an die Zentralregierung abführen.

- Der Überschuss in den lokalen Haushalten belief sich auf 9,888 Mrd. Yuan. Aufgrund der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung wiesen einige Regionen eine besonders schwierige Finanzsituation auf.

Bei der Zusammenführung der lokalen Haushalte und des Haushalts der Zentralregierung beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen auf 1.338,011 Mrd. Yuan und die Ausgaben auf 1.587,944 Mrd. Yuan. Daraus folgt ein Defizit in Höhe von 249,933 Mrd. Yuan.

Die Gesamteinnahmen konnten im letzten Jahr um 16,9% erhöht werden. Der Anstieg lag deutlich über der Wachstumsrate im gesamten 9. Fünfjahresplan (1996-2000). Als Gründe für diese Entwicklung gelten 1. die Zunahme der Steuereinnahmen als Folge des höheren Wirtschaftswachstums und aufgrund des Auslaufens bestimmter Steuervorteile. Vor allem konnten die Einnahmen aus der MWST erhöht werden. 2. Aufgrund des hohen Importwachstums stiegen auch die Importzölle, und zwar auf insgesamt 66,418 Mrd. Yuan. 3. Mit der Verbesserung der Performance der Staatsunternehmen stiegen auch deren Ablieferungen an die Haushalte. 4. Aufgrund der Erhöhung des Geschäftsvolumens bei den Banken, Versicherungen, im Immobilien- und Bau-sektor, im Tourismus, Restaurantgewerbe und anderen Dienstleistungs-bereichen stiegen die „business tax“-Einnahmen, und zwar um 19,945 Mrd. Yuan mehr als im Vorjahr. 5. Da sich der Wertpapiermarkt dynamisch entwickelte, nahmen die Stempelsteuern ebenfalls zu, und zwar um 23,293 Mrd. Yuan mehr als im Vorjahr.

Die Gesamtausgaben erhöhten sich im Jahre 2000 um 20,4%, wobei die Ausgabensteigerung im zentralen Haushalt mit 32,8% noch höher ausfiel. Zu den wichtigsten Ausgabenarten zählen:

- Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie Gesundheit mit insgesamt 36,19 Mrd. Yuan (+16,2% im Vergleich zum Vorjahr);

- soziale Sicherung mit 87,627 Mrd. Yuan (+34,2%);
- Ausgaben für die Landwirtschaft mit 21,705 Mrd. Yuan (+50,9%);
- Ausgaben für Organe der öffentlichen Sicherheit, für Anwalts- und Gerichtsorgane 6,655 Mrd. Yuan (+10,9%);
- Pensionsleistungen für Pensionäre von Regierungsabteilungen und Verwaltungen in Höhe von 4,327 Mrd. Yuan (+28%) und
- Investbauinvestitionen von 140,67 Mrd. Yuan (keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr).

Finanzminister Xiang wies in seinem Bericht darauf hin, dass Innovationen im Management der Haushalte mit dem Ziel begonnen wurden, das Ausgabenmanagement zu standardisieren und eine bessere Nutzung der Ausgaben sicherzustellen. Alle Ministerien der Zentralregierung hätten auf einer Versuchs-basis im letzten Jahr eigene Haushalte aufgestellt. Die Haushalte der Ministerien für Bildung, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie für Arbeit und soziale Sicherheit wurden dem NVK zur Überprüfung und Genehmigung vorgelegt.

Als Probleme bei der Implementati-on des Haushalts 2000 nannte Xiang wie nahezu in jedem Jahr auf der Einnahmeseite Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, Fälschung von Buchführungsunterlagen und Konten. Weiterhin hätten eine Reihe von Kreisen und Gemeinderegierungen mit großen Finanzproblemen zu kämpfen gehabt, sodass sie nicht in der Lage waren, die Gehälter ihrer Angestellten fristgerecht zu zahlen. Zwar wäre mit der Reform des Ausgabenmanagementsystems begonnen worden, einschließlich der Aufstellung von Haushalten für die Ministerien, doch müssten hier noch große Fortschritte gemacht werden, um bessere Ergebnisse zu erreichen. (XNA, 19.3.01) -schü-

## 27 „Aktive Fiskalpolitik wird fortgesetzt“: Haushaltsentwurf 2001

Für das Jahr 2001 sieht die Haushaltsplanung folgende Entwicklung des

Haushalts der Zentralregierung und der lokalen Haushalte vor:

- Die gesamten Einnahmen im zentralen Haushalt sollen 842,291 Mrd. Yuan betragen, ein Anstieg um 11,1% bzw. 83,858 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr. Davon sollen 783 Mrd. Yuan von der Zentralregierung eingenommen werden, eine Zunahme um 12,1% bzw. um 84,386 Mrd. Yuan gegenüber 2000. Die Lokalregierungen sollen Einnahmen in Höhe von 59,291 Mrd. Yuan erheben und an die Zentralregierung abführen. Gegenüber dem Vorjahr ist hierbei demnach kaum eine Veränderung vorgesehen.
- Die gesamten Ausgaben im zentralen Haushalt sind auf 1.102,101 Mrd. Yuan veranschlagt, eine Zunahme um 8,2% bzw. um 83,847 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr. Davon entfallen 584,517 Mrd. Yuan als Ausgaben auf die Zentralregierung (+6% bzw. +33,083 Mrd. Yuan) und 517,584 Mrd. Yuan (+10,9% bzw. 50,764 Mrd. Yuan) als Ausgaben in Form von Subventionen an die Lokalregierungen.
- Das Defizit im zentralen Haushalt soll bei 259,81 Mrd. Yuan liegen und demnach so hoch wie im Jahre 2000 sein.

Für das Jahr 2001 ist eine Emission von Staatsanleihen mit einem Volumen von 500,405 Mrd. Yuan vorgesehen. Von dem Betrag sind 200,595 Mrd. Yuan für die Tilgung in- und ausländischer Schulden, 259,81 Mrd. Yuan für die Deckung des Defizits im Haushalt 2001 und weitere 40 Mrd. Yuan als Anleihen bestimmt, die die Zentralregierung für die Lokalregierungen emittiert. Von der Zentralregierung werden insgesamt Staatsanleihen zu einem Wert von 460,405 Mrd. Yuan begeben.

Für die lokalen Haushalte besteht folgender Haushaltsentwurf:

- Die gesamten Einnahmen in den lokalen Haushalten sollen sich

auf 1.210,604 Mrd. Yuan belaufen, ein Anstieg um 9,4%. Die von den Lokalregierungen geplanten Einnahmen sind mit 693,02 Mrd. Yuan veranschlagt, eine Zunahme um 8,4% bzw. um 53,623 Mrd. Yuan. Subventionen von der Zentralregierung an die Lokalregierungen sind mit 517,584 Mrd. Yuan eingeplant, eine Erhöhung um 10,9% bzw. 50,764 Mrd. Yuan

- Die gesamten Ausgaben in den lokalen Haushalten sind mit 1.210,604 Mrd. Yuan angesetzt, dies sind 10,4% bzw. 114,275 Mrd. Yuan mehr als im Jahr 2000. Von diesen Ausgaben entfallen 1.151,313 Mrd. Yuan auf die lokalen Haushalte (+11,1% bzw. 114,803 Mrd. Yuan); weitere 59,291 Mrd. Yuan müssen von den Lokalregierungen an die Zentralregierung abgeführt werden.
- Im Haushalt der lokalen Regierungen gleichen sich Einnahmen und Ausgaben aus.

Bei der Zusammenführung der lokalen Haushalte mit dem Haushalt der Zentralregierung sieht die Planung für 2001 insgesamt Staatseinnahmen von 1.476,02 Mrd. Yuan (+10,3% bzw. 138,009 Mrd. Yuan) und Ausgaben von 1.735,83 Mrd. Yuan (+9,3% bzw. 147,886 Mrd. Yuan) vor. Daraus folgt ein Defizit in Höhe von 259,81 Mrd. Yuan.

Hinsichtlich der Einnahmesituation erwartet Finanzminister Xiang folgende Entwicklungen: Der Anstieg der Einnahmen im zentralen Haushalt werde größer als die BIP-Wachstumsrate sein, die jedoch auf verbesserter Effizienz basieren wird. Hierdurch werde eine gute Basis für die Erhöhung der Einnahmen gelegt. Mit Hilfe strengerer Steuermaßnahmen könnten die Schlupflöcher besser geschlossen werden. Allerdings bestehen gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Einnahmeentwicklung. Hierzu zählt 1. die Instabilität im weltwirtschaftlichen Wachstum, die Chinas Exportentwicklung beeinträchtigen könnte; 2. wird nicht mehr mit vergleichbar hohen Importzolleinnahmen gerechnet werden können. Die starke Zunahme der Importzolleinnahmen sei in den

letzten zwei Jahren vor allem das Ergebnis der erfolgreichen Bekämpfung des Schmuggels und einer ungewöhnlich hohen Importsteigerung gewesen, die sich nicht in demselben Maße wiederholen werde. Da außerdem die Zölle im Jahre 2001 reduziert würden, müsste auch deswegen mit einem geringeren Importzollanstieg gerechnet werden; 3. der hohe Beitrag der Staatsunternehmen zum Haushalt sei in erster Linie auf die Verbesserung ihrer Performance zurückzuführen; 4. die Entwicklung des Wertpapiermarktes sei kaum vorhersehbar.

Xiang weist in seinem Bericht zum Haushaltsentwurf auch auf die Emission von Staatsanleihen für den Ausbau der Infrastruktur und zur Förderung der Westchina-Entwicklungsstrategie hin. Insgesamt sollen rd. 100 Mrd. Yuan für den Bau von Infrastrukturprojekten an Staatsanleihen begeben werden, davon 60 Mrd. Yuan durch die Zentralregierung und 40 Mrd. Yuan im Namen der Lokalregierungen. Außerdem sollen 50 Mrd. Yuan als spezielle Regierungsanleihen zur Unterstützung von Projekten in Westchina emittiert werden, die auch im Zentralhaushalt aufgelistet sind. Zu den Projekten zählt die Transmission von Erdgas und Elektrizität von West nach Ostchina, das Projekt zur Umleitung von Wasser vom Süden nach Norden, der Bau der Eisenbahnstrecke Qinghai-Tibet und Projekte zur Verbesserung der Umweltbedingungen.

Zu den besonderen Ausgaben im Haushalt wird die Bereitstellung von 10,8 Mrd. Yuan gehören, die für die Erhöhung von Gehältern der Beschäftigten in den Regierungsstellen und Verwaltungen bestimmt ist. Weiterhin wird mit einem Anstieg der Ausgaben für die soziale Sicherung gerechnet. Um die Reform der sozialen Sicherung zu fördern und sicherzustellen, dass ausreichende Mittel für die Zahlung von Mindesteinkommen für entlassene Arbeiter und für Rentner von Staatsbetrieben vorhanden sind, wurden die Mittel dafür im zentralen Haushalt erhöht.

Weiterhin ist für dieses Jahr die weitere Umsetzung der Reform von Steuern und Gebühren in den ländlichen Gebieten vorgesehen. Ziel dabei ist es, die finanzielle Belastung der Bauern zu reduzieren. Um die Funktions-

fähigkeit der politischen Organisationen auf lokaler Ebene, die Fortsetzung des Bildungsangebots und andere öffentliche Aufgaben aufrechtzuerhalten, wird die Zentralregierung 20 Mrd. Yuan an Subventionen als Kompensation für Einnahmeausfälle zur Verfügung stellen.

Für das Jahr 2001 sind folgernde Ausgabensteigerungen vorgesehen:

- für Bildung 21,963 Mrd. Yuan (27,9%),
- für Wissenschaft und Technologie 34,919 Mrd. Yuan (+14,5%),
- für Landwirtschaft 26,355 Mrd. Yuan (+21,4%),
- Ausgaben für die nationale Verteidigung 141,004 Mrd. Yuan (+17,7%).

Weiterhin wurden die Transferzahlungen aus dem zentralen Haushalt an die lokalen Haushalte erhöht. Steuerrück-erstattungen, feste Subventionen sowie die Transferzahlungen werden im Jahre 2001 ein Volumen von 511,584 Mrd. Yuan haben, ein Anstieg um 10,9% bzw. 50,764 Mrd. Yuan. Transferzahlungen an Lokalregierungen, die unzureichende Finanzeinkommen besitzen oder die von ethnischen Minderheiten bewohnt sind, belaufen sich auf 16,1 Mrd. Yuan.

Finanzminister Xiang wies in seinem Bericht außerdem darauf hin, dass mit Blick auf den anstehenden Beitritt zur WTO das bestehende Steuersystem mit seinen Ausnahmeregeln und Steuervergünstigungen internationalen Anforderungen angepasst wird. (XNA, 19.3.01) -schü-

## 28 Neuer Gouverneur Liaonings weist auf Chancen und Herausforderungen des wirtschaftlichen Wandels für die Provinz hin

In einem Interview mit in- und ausländischen Journalisten Mitte März d.J. wies der neue Gouverneur der Provinz Liaoning, Bo Xilai, auf die Notwendigkeit einer innovativen, produktiven und korruptionsfreien Regierung hin, die solide Leistungen vorweisen

und die Provinz wirtschaftlich beleben kann. Die Fragen der Journalisten an den neuen Gouverneur konzentrierten sich vor allem auf die Bereiche Reform des Staatssektors, Umwelt, WTO-Beitritt sowie Regierungsstil. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File, 18.3.01)

Bo Xilai hatte im Januar d.J. den vorherigen Provinzgouverneur Zhang Guogang ersetzt, der im Zusammenhang mit einer Korruptionsaffäre des Bürgermeisters der Provinzhauptstadt Shenyang zurückgetreten war. Zhang, der seit 1998 Gouverneur Liaonings war, wurde als Gouverneur der Provinz Hubei eingesetzt. (XNA, 19.2.01)

Bo Xilai hat sich als Bürgermeister der Hafenstadt Dalian einen Namen gemacht. Die im Süden der Provinz, auf der Halbinsel Liaodong, gelegene Stadt wurde während seiner Amtszeit zu einer modernen, außenorientierten Metropole umgestaltet, die als „Tor nach Nordostchina“ eine überregionale Bedeutung besitzt. Bo Xilai wurde bekannt für eine effiziente Verwaltung und korruptionsfreie Regierung. Bo Xilai, der 1949 geboren wurde, ist als Politiker noch relativ jung und kann zur technokratischen Führungselite gezählt werden.

Der neue Provinzgouverneur übernimmt ein schweres Erbe, da die Provinz im Transformationsprozess zur Marktwirtschaft vor dem Abbau des Staatssektors steht. Da in den Staatsunternehmen jedoch ein großer Teil der städtischen Arbeitskräfte konzentriert ist und manche Städte wie beispielsweise Anshan oder Benxi von einzelnen staatlichen Großunternehmen wirtschaftlich stark abhängig sind, ist die notwendige Entlassung überschüssiger Arbeitskräfte sehr problematisch und mit vielen sozialen Instabilitäten verbunden. In diesem Zusammenhang beantwortete Bo Xilai auch Fragen der Journalisten nach den Fortschritten im Aufbau eines sozialen Sicherungssystems für die Provinz.

Nach Angaben von Bo Xilai hat die Zentralregierung entschieden, dass Liaoning neue Experimente mit sozialen Sicherungssystemen durchführen soll. Das Parteikomitee der Provinz und die Provinzregierung würden die entsprechenden Maßnahmen

dafür einleiten. Welche Schritte dies im Einzelnen sind, darauf ging Bo Xilai zwar nicht ein, wies aber nochmals auf die besondere Situation Liaonings hin. Als einer der wichtigen alten Industriestandorte Chinas müsse die Provinz eine hohe Zahl von Arbeitslosen verkraften. Es gebe mehr als 1 Mio. Arbeitslose in der Provinz. Die Anforderungen an die soziale Absicherung seien sehr groß, insbesondere in den Bereichen Arbeitslosenversicherung, Rentenzahlungen und Absicherung eines Mindestlebensunterhalts. Im Jahr 2000 hätten rd. 700.000 Personen Unterstützungen für den Mindestlebensunterhalt bekommen, und für das laufende Jahr wird mit einer Zunahme dieser Personenzahl auf rd. 1 Mio. gerechnet. Bo Xilai betonte, dass eine problemlose Umsetzung der Reform der Staatsunternehmen davon abhängt, die betroffenen Beschäftigten und Rentner sozial abzusichern. Nur wenn die gesellschaftliche Stabilität aufrechterhalten werden kann, sei auch eine Fortsetzung der Reformen möglich.

Auf Fragen zur Umweltproblematik in Liaoning wies Bo Xilai darauf hin, dass die Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung zu einer wichtigen Aufgabe für die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz als altem Industriestandort geworden sei. Auch die Stadt Dalian, in der Bo Xilai acht Jahre als Bürgermeister tätig war, habe anfänglich sehr unter der Umweltverschmutzung gelitten. Nach sieben bis acht Jahren der Bemühungen um eine Verbesserung, so Bo Xilai, könne die Stadt nunmehr in Bezug auf die Umwelt große Fortschritte aufweisen. Diese Erfahrung habe das Vertrauen verstärkt, dass bei einem gemeinsamen Vorgehen, der richtigen Ausrichtung der Politik und ihrer stetigen Verfolgung über mehrere Jahre selbst bei starker Umweltverschmutzung zu Beginn die Umweltbedingungen einer Region stark verbessert werden könnten. Die Provinz habe eine Reihe von konkreten Maßnahmen für den Umweltschutz aufgestellt, die gleichzeitig mit der Belegung des alten Industriestandorts, umgesetzt würden. Dazu gehöre beispielsweise auch die Aufforstung. Im 9. Fünfjahresplan (1996-2000) seien rd. 1,5 Mrd. Bäume in Liaoning angepflanzt worden, im Verlauf des 10. Fünfjahresplanes (2001-

2005) sollten sogar 2,8 Mrd. Bäume angepflanzt werden. Außerdem sei ein Verbot zum Fällen von Wäldern erlassen worden, die nicht forstwirtschaftlich genutzt werden.

Bo Xilai ging auch auf die Frage der Journalisten ein, in welchem Maße die Provinz vom anstehenden WTO-Beitritt betroffen sein wird. So würde Liaoning sich vielen Herausforderungen gegenübersehen, aber auch neue Chancen erhalten. Im Hinblick auf den WTO-Beitritt sei einerseits die Beschleunigung der technologischen Modernisierung der alten Unternehmen notwendig. Andererseits müssten neue Märkte im Ausland für Textilien, Bekleidung und andere Produktbereiche erschlossen werden. Es gebe inzwischen mehrere Tausend Unternehmen mit Auslandskapital in Liaoning, und viele Liaoning-Unternehmen hätten Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Unternehmen gegründet. Diese neuen Unternehmen würden durchaus in der Lage sein, in einem gewissen Maße den Risiken standzuhalten. Bisher konzentrierte sich der Zufluss von Auslandskapital auf die Städte Dalian sowie auf die Provinzhauptstadt Shenyang. Zukünftig sollten sich noch mehr Städte außenwirtschaftlich orientieren, insbesondere Anshan, Dandong, Yingkou, Fushun und Benxi. Noch im März und April würden Delegationen aus Liaoning nach Japan und Südkorea reisen, um eine engere wirtschaftliche Kooperation zu diskutieren.

Auf die Frage nach dem politischen Führungsstil antwortete Bo Xilai, dass es für die Belegung der Provinz zuerst notwendig sei, dass die Verwaltungsorgane und führenden politischen Ebenen aktiv würden und sich gewissenhaft und ehrlich um die staatlichen Aufgaben bemühten. Bei der Entwicklung und Belegung einer Region komme es im Wesentlichen darauf an, dass das Führungspersonal ein gutes Beispiel biete und das richtige Verständnis/Bewusstsein mitbringe. Nach welchen Kriterien die Einstellung und der Aufstieg der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erfolge, sei von herausragender Bedeutung für das gute Ansehen einer Regierung. Ein öffentlicher Bediensteter gelte als gewissenhaft, ehrlich und innovativ, wenn er gute Arbeit mache und nicht korrupt sei. Um dieses Ziel zu erreichen, sei ei-

ne Vorgabe von Regeln und Systemen und ihre strikte Umsetzung erforderlich. Die leitenden Funktionäre müssen dabei die Führung übernehmen und als gutes Beispiel vorangehen. Dies entspreche Jiang Zemin's Forderung, sich gegen Bürokratismus und Formalismus einzusetzen. Die leitenden Funktionäre müssten an der vordersten Front agieren und nicht als Verwalter. Sie sollten Widersprüche sofort auflösen und gute Arbeit leisten. Weiterhin müsste die Kontrolle verstärkt werden, und es müssten korrupte Elemente ohne Nachgiebigkeit resolut verfolgt werden.

Der neue Provinzgouverneur Bo Xilai hat an vielen Fronten zu kämpfen, wobei die wirtschaftlichen Herausforderungen wohl die größten sind. Im letzten Jahr allerdings konnte auch Liaoning von der Erholung der Staatsunternehmen profitieren. Insgesamt lag das Wachstum des BIP in der Provinz mit 8,9% über dem landesweiten Durchschnitt von 8%. Liaoning ist weniger agrarisch strukturiert, und der Anteil des Agrarsektors am BIP liegt bei nur noch 10,9%. Im Vergleich zum Vorjahr ging die agrarische Wertschöpfung um 0,8% zurück. Der Sekundärsektor (Industrie und Bausektor) verzeichnete eine Zunahme der Wertschöpfung um 9,9% und trug mit 49,4% zum BIP des Jahres 2000 bei. Der Dienstleistungssektor nimmt bereits mit einem Anteil von 39,7% im letzten Jahr eine weitaus größere Bedeutung als im landesweiten Durchschnitt ein. Die Zunahme der Wertschöpfung im tertiären Sektor lag bei 10,6%. (XNA, 12.3.01) Vor allem im Ausbau des Dienstleistungssektors sieht der neue Provinzgouverneur große Beschäftigungspotenziale. Neben den derzeit 1,06 Mio. Arbeitslosen würden Bo zufolge jedes Jahr rd. 260.000 neu auf den Arbeitsmarkt in den Städten drängen. Weiterhin gebe es noch rd. 2 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten, die in den nächsten Jahren auf der Suche nach Arbeit in die Städte strömen würden. (XNA, 12.2.01)

Im Industriesektor konnte die Provinz im letzten Jahr ein Wachstum von 9,9% verzeichnen, wobei die staatseigenen Unternehmen und nichtstaatlichen Unternehmen mit einem Umsatz von über 5 Mio. Yuan eine Zu-

wachsrate von 16,7% erreichten. Die staatseigenen Unternehmen sowie die staatlichen Holdingunternehmen wiesen eine Wachstumsrate von 14,5% und die nichtstaatlichen Unternehmen von 20% auf. (XNA, 12.3.01)

Zum hohen Wachstum der Provinzwirtschaft trugen die Investitionen bei, die im letzten Jahr um 13,2% zunahmen, und vor allem die Expansion des Außenhandels. So belief sich das gesamte Außenhandelsvolumen auf 19 Mrd. US\$ und stieg um 38,5%. Die Exporte betragen 10,85 Mrd. US\$ und erhöhten sich um 32,3%, während die Importe einen Wert von 8,2 Mrd. US\$ erreichten und um 47,8% zunahmen. (XNA, 12.3.01) Auch der private Konsum stieg wieder an. Der Einzelhandelsumsatz für Konsumgüter verzeichnete einen Zuwachs um 8,9% gegenüber 1999. (XNA, 12.3.01) Die stärkere Urbanisierung Liaonings gegenüber anderen Provinzen hat sich hierbei positiv ausgewirkt. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Städter in Liaoning lag im letzten Jahr bei 5.357,8 Yuan, ein Anstieg um 9,4% gegenüber 1999. Das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern ging im letzten Jahr um 5,8% zurück und belief sich auf 2.355,6 Yuan. (XNA, 12.3.01)

Um als Investitionsstandort für in- und ausländische Unternehmen bekannt zu werden, sind eine Reihe von Delegationsreisen und Ausstellungen geplant. Neben den bereits erwähnten Reisen nach Japan und Südkorea sind Delegationsbesuche in Europa und in den USA vorgesehen. Außerdem wird die Provinzhauptstadt eine Ausstellung ihrer Industrieprodukte in Nanchang, Hauptstadt der Provinz Jiangxi, im Mai d.J. durchführen. Weitere Ausstellungen sind in Xinjiang und Hubei geplant. Mehrere Städte Liaonings haben inzwischen für Investoren aus anderen Provinzen dieselben Vergünstigungen eingeräumt wie für Unternehmen aus dem Ausland. (XNA, 26.3.01) -schü-

## 29 Steuern sollen willkürliche Gebührenerhebung in ländlichen Gebieten ersetzen

Um gegen die Belastung der Bauern mit hohen und oftmals willkürlich von den Lokalregierungen erhobenen Gebühren vorzugehen, wurde in einigen

Provinzen im letzten Jahr mit dem Ersetz der Gebühren durch Steuern begonnen. Mitte Februar d.J. fand in der Provinz Anhui eine nationale Konferenz zu den Experimenten mit dieser Reform statt. Auf der Konferenz erläuterte Wen Jiabao, Mitglied des Politbüros und stellvertretender Minister im Staatsrat, den Stand der Reform.

Wen wies darauf hin, dass bereits seit dem letzten Jahr einige Kreise und Städte in der Provinz Anhui (u.a. in Feidong, Lujiang, Dingyuan, Hexian, Jinzhai und Quanjiao) und in anderen Provinzen und Autonomen Regionen auf einer versuchsweisen Basis mit der Reform begonnen hätten. Zu den positiven Ergebnissen zählte Wen, dass die finanzielle Belastung der Bauern in einem erheblichen Maße reduziert werden und die willkürliche Erhebung von Gebühren, Bußgeldern und ungerechtfertigten finanziellen Abgaben wirksam beschränkt werden konnte. Weiterhin hätten die Distributionsbeziehungen in den ländlichen Gebieten geklärt werden können, und die Steuerreform in den Gemeinden habe Fortschritte gemacht. Dass sich die Dorfbewohner stärker an den Dorfsangelegenheiten beteiligten, trage zur Entwicklung demokratischer Strukturen auf der untersten Ebene in den ländlichen Gebieten bei. Die Organisationsreform auf der Gemeinde- und Stadtebene und strukturelle Anpassungen im Bereich der ländlichen Bildung hätten die übergeordneten Strukturen im ländlichen Raum verbessert. Eine Folge der Reform sei auch gewesen, dass sich die Beziehungen zwischen der Partei und der Bevölkerung bzw. zwischen den Kadern und den Massen verbessert haben und dass dadurch die soziale Stabilität auf dem Lande gefördert worden sei. Außerdem umschließe die Reformpolitik die von Jiang Zemin vorgebrachten Denkgrundsätze der „drei Repräsentationen.“ Durch die Experimente in Anhui und in anderen Regionen mit der Reform, die willkürliche Gebühren durch Steuern ersetzt, hätten vielfältige Erfahrungen für die landesweite Umsetzung gewonnen werden können. Wen wies darauf hin, dass die Bauern nach der Umsetzung der Reform Steuern auf der Grundlage von entsprechenden Bestimmungen bezahlen und dass die (Lokal)Regierung nur nach gesetzlichen Vorschriften Steuern er-

heben darf. Die Rechte bzw. Pflichten beider Seiten wären klar definiert worden. Lokale Behörden dürften nicht mehr willkürlich ohne rechtliche Basis Gebühren erheben und dabei irgendwelche Vorwände benutzen.

Aufgrund der regional sehr unterschiedlichen Situation könnten die Parteikomitees und Regierungen auf Provinzebene Wen zufolge selbst entscheiden, ob sie die Reform in diesem Jahr erst in bestimmten Regionen oder in der gesamten Provinz bzw. Autonomen Region umsetzen wollten. Voraussetzung für die Umsetzung der Reform sei jedoch, dass die damit verbundenen Politikmaßnahmen ebenfalls durchgeführt würden. Hierzu gehörten die Reformen in der Organisation der Lokalregierungen, des Finanzsystems und der ländlichen Bildung. Lokalregierungen der Gemeinden und Städten sollten sich aus der Leitung von Produktion sowie aus der Anbau- und Ernteorganisation zurückziehen und sich stattdessen auf die Durchführung von Politikmaßnahmen, Umsetzung von gesetzlichen Bestimmungen, und auf die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen konzentrieren.

In Bezug auf das ländliche Bildungssystem forderte Wen, die Qualität der Lehrer zu verbessern, mehr Mittel für die Bildung und für die Umsetzung des Pflichtschulbesuchs bereitzustellen und insgesamt ein System aufzubauen, das einen bestimmten Mittelzufluss für Bildungsaufgaben garantiert. Dies sei eine begleitende Politik, um die Reform der Umwandlung von Gebühren in Steuern durchzusetzen. Gleichzeitig sollte Wen zufolge das System von Transferzahlungen für Gemeinderegierungen und Dörfer mit unzureichenden Finanzmitteln verbessert werden.

Da der Ersatz von Gebühren durch Steuern eine sehr komplizierte und weit reichende Reform sei, kann sie Wen zufolge nicht über Nacht erreicht werden. Die Parteikomitees und Lokalregierungen der verschiedenen Ebenen müssten die Komplexität der Reformen gut verstehen und ihre Führungsfunktion bei der Umsetzung der Reform verstärken. Dazu zähle, 1. dass die leitenden Partei- und Regierungsorganisationen persönlich für die Umsetzung der Reform, ihren Erfolg

bzw. Misserfolg verantwortlich seien; 2. dass Untersuchungen und Pläne für die Umsetzung der Reformen durchgeführt werden müssten; 3. dass die Funktionäre und die Bevölkerung mit den entsprechenden Dokumenten der Zentralregierung vertraut gemacht werden müssten; 4. dass die Kontrolle über die Umsetzung der Politik verstärkt würde; 5. dass die betroffenen Ministerien/Abteilungen eng zusammenarbeiteten und sich abstimmten in ihrem Vorgehen und 6. dass die politische Führung auf der untersten Ebene ihre Anleitungsfunktion verstärkt, um den Erfolg der Reform sicherzustellen. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File, 21.2.01)

Der Reform, die Gebühren durch Steuern ersetzt, wird eine sehr positive Wirkung zugeschrieben. Ministerpräsident Zhu Rongji zählt die Reform zu den wichtigsten Reformmaßnahmen, die die Regierung in diesem Jahr umsetzen will. Wenn die Reform erfolgreich durchgesetzt sei, dann würde China eine gesunde landwirtschaftliche Basis haben, stabile ländliche Regionen und eine bessere Grundlage für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft. (XNA, 29.3.01) Chen Xiwen, oberster Berater für ländliche Politik der Zentralregierung, geht davon aus, dass die Reform zu einer neuen Runde tiefgreifender Veränderungen in den ländlichen Gebieten führen wird, vergleichbar mit der Einführung des Haushaltsvertragssystems (das die kollektiven Produktionsgruppen durch ländliche Haushalte als verantwortliche Ebene der Produktion und Distribution ersetzte). Bei einer Umsetzung der Reform, so ein Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua, würden die chinesischen Bauern rd. 50 Mrd. Yuan an Steuern bezahlen ohne sonstige Gebühren. Dies sei weitaus weniger verglichen mit dem bisher erhobenen 30 Mrd. Yuan an Steuern sowie rd. 60 Mrd. Yuan an Gebühren, die von Verwaltungen auf der Dorfebene erhoben wurden, sowie der rd. 30 Mrd. Yuan willkürlich von Lokalbehörden unter verschiedenen Vorwänden verlangten Gebühren. (XNA, 29.3.01)

Die Reform wird für die einzelnen Bauernhaushalte eine große Entlastung darstellen, wie ein Beispiel aus der Provinz Anhui zeigt. Für einen fünfköpfigen Haushalt, der bisher 653

Yuan an Gebühren bezahlt hat, würden nach Umsetzung der Reform nur noch 479 Yuan an Steuern zu zahlen sein. In Anhui wurden im letzten Jahr rd. 50 verschiedene Gebühren wie beispielsweise für das Schlachten von Schweinen oder für den Bau von Straßen, etc. abgeschafft, sodass die Bauern 31% weniger Steuern und Gebühren bezahlen. (XNA, 29.3.01)

Die Reform soll bis Ende 2002 landesweit umgesetzt sein. Um die Qualität der ländlichen Bildung zu sichern und ausreichend Mittel hierfür bereitzustellen, will die Zentralregierung 20-30 Mrd. Yuan an Subventionen bereitstellen. (XNA, 29.3.01)

Die oben beschriebene Reform war auch Gegenstand der Diskussion auf dem letzten NVK und ging ebenfalls in den 10. Fünfjahresplan ein. Auf dem NVK wiesen beispielsweise einige Abgeordnete auf das Problem hin, dass die Bauern eine zu starke finanzielle Belastung durch Gebühren haben und deshalb kaum Anreize zum Ackerbau hätten. Ein Abgeordneter aus Hubei berichtete, dass die Bauern einen Teil des Landes nicht mehr bebauten, da die von den Bauern verlangten Steuern und Gebühren auf der Grundlage der Anbaufläche erhoben wurden. Je mehr Land die Bauern anbauten, desto mehr Abgaben müssten sie entrichten. Ein anderer NVK-Abgeordneter aus der Provinz beklagte die geringe Bereitschaft, Dorffunktionär zu werden, da es so schwierig sei, Abgaben für kollektive Zwecke einzutreiben. Die Folge dieser Entwicklung sei eine Schwächung der politischen Basis auf dem Lande. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Economic File, 4.3.01) -schü-

### 30 Private Wohnungskäufer dominieren den Immobilienmarkt

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes hat sich die Zusammensetzung der Käufer von Wohnungseigentum in den letzten Jahren drastisch verändert. Während in den vergangenen Jahren Institutionen die wichtigsten Käufer waren, entfielen im Jahr 2000 auf private Käufer 84,9% des gesamten Verkaufsvolumens von 295,4 Mrd. Yuan.

Lokalen Statistiken nach waren private Käufer dominant bei den Wohnungskäufen in Tianjin (98,5%), in Chongqing (96%), Shanghai (95%) und Beijing (87%). Immobiliengesellschaften mussten sich auf die veränderte Nachfragerstruktur einstellen und mehr marktorientierte Strategien verfolgen. Auch Apartments mit relativ niedrigen Preisen werden inzwischen angeboten. Weiterhin haben die Banken an die neue Käufergruppe Bankkredite für den Kauf von Wohnungseigentum vergeben.

Shanghai war die erste Stadt, in der Banken Kredite für den privaten Kauf von Wohnungseigentum vergeben haben. Das Volumen solcher seit 1991 vergebener Kredite beläuft sich auf 25 Mrd. Yuan. Für das laufende Jahr wird mit einem Kreditvolumen von rd. 9 Mrd. Yuan für private Wohnungskäufe gerechnet. (XNA, 18.3.01) -schü-

### 31 Ausweitung der Einkommensdisparitäten

Einem Bericht der Xinhua Nachrichtenagentur zufolge war die Ausweitung der Einkommensunterschiede ebenfalls Gegenstand der Diskussion während der NVK-Tagung. So forderten Abgeordnete, dass eine weitere Polarisierung der Einkommensverteilung durch eine Verbesserung im System der Einkommensverteilung vermieden werden sollte. In seinem Bericht zum 10. Fünfjahresplan vor dem NVK habe auch Zhu Rongji die Verlangsamung des Einkommenswachstums von Bauern und bestimmten Gruppen in der städtischen Bevölkerung sowie die Verschärfung der Einkommensdisparitäten als wesentliche Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Chinas bezeichnet. Nach Einschätzung von Jin Renqing, NVK-Abgeordneter und Direktor der Nationalen Steuerbehörde, müsste das Problem der Einkommensdisparitäten gelöst werden, da es die soziale Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflusse. Bei einer sehr irrationalen Einkommensverteilung könne kaum mit einer Erhöhung des Konsums gerechnet werden.

Untersuchungen zur Einkommensverteilung, die von der Xinhua Nachrichtenagentur genannt werden, zeigten

eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten auf 0,458. Dieser Wert liege höher als der international als Warngrenze für eine ungerechte Verteilung errechnete Koeffizient von 0,4. Ein Sichuaner NVK-Abgeordneter wies darauf hin, dass sich die derzeitigen Einkommensdisparitäten als Unterschiede im Einkommen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen Regionen und zwischen Sektoren niederschlagen. Beispielsweise sei der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters in der Provinz Sichuan niedriger als 6.000 Yuan, während beispielsweise in den östlichen Küstenprovinzen Löhne bereits bei rd. 20.000 Yuan liegen würden.

Eine Untersuchung des Staatlichen Statistikamtes in 40.000 städtischen Haushalten im Jahr 2000 zeigte, dass auf die 20% der Haushalte mit dem höchsten Einkommen 42,5% der Vermögen entfielen. Weiterhin sei der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung in den letzten Jahren weitaus geringer als der Anstieg der Einkommen der städtischen Bevölkerung, die Disparitäten zwischen den ländlichen und städtischen Einkommen hätten sich erhöht.

Zu den Maßnahmen, um eine stärker ausgeglichene Einkommensverteilung zu erreichen, zählt auch eine differenzierte Erhebung von Einkommenssteuern. Das derzeitige Einkommenssteuersystem ist Jin Renqing zufolge zu Beginn der 80er Jahre entwickelt worden und basiere auf der Besteuerung von Löhnen und Gehältern oder einem bestimmten Haupteinkommen. Zukünftig soll sich jedoch die Steuererhebung auch auf alle Einkommensarten außerhalb der Löhne und Gehälter erstrecken. (BBC Monitoring Global Newline Asia Pacific Political File, 10.3.01) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 32 Visafreiheit in 15 europäischen Ländern, doch nicht in Japan

Die 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden den Einwohnern

Hongkongs, die im Besitz eines Reisepasses der SVR Hongkong sind, beginnend mit Ende April oder Anfang Mai einen visafreien Aufenthalt von maximal drei Monaten gewähren. Für Reisen nach Island und Norwegen – beide Unterzeichnerstaaten des Schengen-Abkommens von 1997 – wird seit dem 25. März kein Visum mehr benötigt. Großbritannien und die Republik Irland fordern schon seit Längerem kein Einreisevisum für Bürger Hongkongs. Die nun getroffene Regelung wird auch auf legale Einwohner Macaus Anwendung finden.

Die europäischen Staaten hatten sich mit der Gewährung der Visafreiheit schwer getan, weil sie fürchten, es könnten auf diese Weise größere Zahlen von Migranten illegal mit Hilfe gefälschter Hongkonger Pässe nach Europa gelangen. Ein Abkommen über die Rückführung illegaler Immigranten besteht bislang lediglich zwischen der SVR Hongkong und Deutschland. Es war im November 2000 unterzeichnet worden und als Beleg für die konstruktive Zusammenarbeit der Bundesrepublik und Hongkongs in der Bekämpfung von illegaler Migration und Menschenschmuggel bewertet worden. (Vgl. C.a., 2000/11, Ü 39)

Nach Angaben des schwedischen Generalkonsuls in Hongkong, Peter Ekelund, der derzeit auch die konsularische Vertretung der Europäischen Union in der SVR innehat, werde auch die EU darauf drängen, ein allgemeines Rückführungsabkommen nach dem deutschen Vorbild mit der SVR zu schließen.

Während Regierungschef Tung Cheehwa den Schritt der europäischen Länder als „Vertrauensvotum der EU für das Arrangement 'Ein Land, zwei Systeme'“ wertete, zeigte man ihm auf seinem viertägigen Besuch in Japan in dieser Frage die kalte Schulter. Zwar ist Japanern ein visumsfreier neunzig-tägiger Aufenthalt in der SVR Hongkong gestattet. Hongkong hofft bislang jedoch vergeblich auf ein entsprechendes Entgegenkommen Japans. Offiziell heißt es in Japan lapidar, die Einführung der Visafreiheit für Bürger Hongkongs „gestalte sich aufgrund diverser Probleme schwierig“.

Auch in Japan bestehen Befürchtungen, eine derartige Reiserleichterung könnte den Zustrom illegaler Migran-